

**Antragsteller:innen:**

Stadtverband Halle (Saale) und Kreisverband Jerichower Land

**Änderungsantrag Nr. 46**

*Einfügen in Zeile 2187, als eigenständiges Kapitel:*

**Pflegebedürftigkeit darf nicht arm machen!**

In Sachsen-Anhalt leben rund 200.000 Menschen mit Pflegegrad, etwa 58.000 Menschen arbeiten in der Pflege. Das bedeutet, mehr als jede zehnte Person in unserem Land ist unmittelbar vom Pflegesystem betroffen. Pflegenden Angehörige sind dabei noch nicht einmal eingerechnet. Pflege ist keine Randfrage der Sozialpolitik, sie ist eine zentrale Frage der Gerechtigkeit und der öffentlichen Verantwortung.

Trotzdem erleben wir seit Jahren eine politische Fehlsteuerung.

Explodierende Pflegekosten stellen viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen vor existentielle Herausforderungen. In den letzten sechs Jahren hat sich der Eigenanteil für einen Pflegeheimplatz beinahe verdoppelt. Immer mehr Menschen werden dadurch finanziell überfordert oder sind auf Sozialhilfe angewiesen. Der durchschnittliche Eigenanteil übersteigt die durchschnittliche Nettorente in Sachsen-Anhalt deutlich.

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, darf im Alter nicht durch Pflegekosten in die Armut gedrängt werden. Pflege ist keine Ware, sondern Teil der Daseinsvorsorge.

Auch in der ambulanten Pflege wächst die Unterversorgung. Die Pflegesachleistungen steigen nicht im gleichen Maß wie die tatsächlichen Kosten der Pflegeleistungen. Die Finanzierungslücke müssen die Betroffenen selbst tragen. Viele sind gezwungen, ihr Pflegegeld für den eigenen Lebensunterhalt einzusetzen, weil die Rente nicht reicht. Das bedeutet konkret, dass notwendige Pflege nicht in vollem Umfang erbracht werden kann.

Selbst in der Tagespflege, die Angehörige dringend entlasten soll, können sich viele die Eigenanteile nicht mehr leisten. Wenn selbst Entlastungsangebote unerschwinglich werden, läuft das System in die falsche Richtung.

Gleichzeitig halten Pflegekräfte und Angehörige die Versorgung oft über ihre eigenen Belastungsgrenzen hinaus aufrecht. Ein System, das auf Überlastung und Selbstaufopferung basiert, ist kein stabiles System, sondern ein politisches Versäumnis.

Wir wollen:

- eine solidarische Pflegevollversicherung auf Bundesebene, damit pflegebedingte Eigenanteile abgeschafft werden.
- die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze und die Einbeziehung von Kapitalerträgen in die Beitragsbemessung, damit starke Schultern mehr tragen.
- ein Landespflegegeld von mindestens 1500 Euro pro Jahr einführen.
- das Sachsen-Anhalt die Investitionskosten der Pflegeeinrichtungen vollständig übernimmt. Öffentliche Verantwortung darf nicht auf Pflegebedürftige abgewälzt werden.
- Pflegeeinrichtungen konsequent in öffentliche oder gemeinnützige Trägerschaft überführen, um der Privatisierung so ein Ende zu setzen. Damit Gesundheit nicht zum Spekulationsobjekt wird!
- gute Arbeitsbedingungen, eine Angleichung an das westdeutsche Lohnniveau, verbindliche Tarifbindung und eine verlässliche Personalbemessung. Pflege darf nicht länger auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten funktionieren.

**Wir sind der Pol der Hoffnung!**

### Begründung:

Sachsen-Anhalt ist das Bundesland mit der ältesten Bevölkerung in Deutschland: Mit einem Durchschnittsalter von 48,1 Jahren liegt das Land rund vier Jahre über dem Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig wird Pflege im Wahlprogramm zwar sprachlich aufgegriffen, aber inhaltlich nicht ausreichend adressiert.

Im Wahlprogramm kommt das Wort Pflege 35-mal vor, in 8 Fällen ohne Bezug zur Versorgung Pflegebedürftiger, zu Patientinnen oder zu den Arbeitsbedingungen in der Pflege (z. B. Überschriften, Inhaltsverzeichnis, Landschaftspflege, etc.). Pflege umfasst nicht nur die Versorgung von Patientinnen im Krankenhaus oder Fragen der Fachkräfteausbildung, Bezahlung und ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum. Es geht auch um die finanzielle Bezahlbarkeit von Pflege und die Entlastung der Menschen, die Care-Arbeit – häufig unbezahlt – leisten.

Aus unserer Sicht ist klar: Die Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen darf nicht in die eigene Altersarmut führen. Der durchschnittliche Eigenanteil in Pflegeheimen hat sich seit 2019 nahezu verdoppelt – von etwa 1.450 Euro monatlich auf derzeit rund 2.720 Euro. Gleichzeitig lag das Medianeinkommen in Sachsen-Anhalt in 2024 bei 3.353 Euro brutto. Nach Abzügen kann man davon ausgehen, dass das mediane Nettoeinkommen je nach Steuerklasse unter dem durchschnittlichen Eigenanteil für einen Pflegeheimplatz liegt. Pflegebedürftigkeit darf nicht arm machen – weder die Betroffenen selbst noch ihre Angehörigen.

Daraus folgt für unser politisches Tun: Ein glaubwürdiges Pflegekapitel im Wahlprogramm muss die Begrenzung von Eigenanteilen, wirksame Landeszuschüsse (z. B. Landespflegegeld und die Übernahme von Investitionskosten), bessere Absicherung pflegender Angehöriger und verlässliche Arbeitsbedingungen in der professionellen Pflege abdecken.

Für eine langfristig leistbare und gut ausgestattete Pflege ist es notwendig, die Einrichtungen aus privatwirtschaftlicher in öffentliche Trägerschaft zu übertragen. Die Kosten die für Bürger\*innen durch die Rendite mit der Gesundheit anfallen, zeigen sich nicht zu letzte bei überdurchschnittlich hohen Investitionskosten in Einrichtungen mit privaten Trägern.

Pflegebedürftigkeit darf nicht Arm machen!